









Editorial	1
Ein geistiges Wort	2
Zur Zukunft des Religionsunterrichts	5
Unser Klima und das Reich Gottes	8
FDP setzt sich für eine neue Israelpolitik ein	11
Seenotrettung: Mit der Rettung von Migranten allein ist es nicht getan	16
Jüdische Militärseelsorger	18

**Editorial** 

Berlin, im Advent 2019

Liebe Mitglieder der Christlichen Liberalen, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Vorstand der Christlichen Liberalen wünscht Ihnen und Ihren Familien recht herzlich ein

frohes und gesegnetes Weihnachtsfest!

Für diesen Infobrief haben wir wieder Beiträge zu mannigfaltigen politischen Themen zu-

sammengestellt, mit denen wir Sie über ein weites Spektrum politischer und gesellschaftli-

cher Fragestellungen informieren und Ihnen dabei gerne eine christlich-liberale Sichtweise an

die Hand geben möchten. Wir widmen uns der Zukunft des Religionsunterrichts, wollen die

Parallelen zwischen Theologie und Klimaaktivismus aufzeigen, weisen auf die Impulse der

FDP zu einer Neuausrichtung der deutschen Israelpolitik hin, diskutieren die Seenotrettung

und berichten von der Wiedereinführung jüdischer Militärgeistlicher. Den Anfang unseres

Infobriefes macht aber ein geistliches Wort unseres geschätzten Vorstandsmitgliedes, Jörg

Diehl.

Schon heute möchte ich Sie gerne auf unsere Andacht am Rande des FDP-Parteitags in Fell-

bach am Drei-Königswochenende aufmerksam machen. Sie findet am 5. Januar 2020 um

9 Uhr im Raum Daimler statt. Alle Parteifreundinnen und Parteifreunde sind herzlich dazu

eingeladen.

Pascal Kober, MdB

1.Vorsitzender

Christliche Liberale e.V.

E-Mail: info@christliche-liberale.de • Homepage: <a href="www.christliche-liberale.de">www.christliche-liberale.de</a>
Christliche Liberale – EKK eG - Konto: 3693244 - BLZ: 520 604 10, IBAN: DE02520604100003693244 - BIC: GENODEF1EK1

**Ein Geistliches Wort** 

Jörg Diehl

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Mitgliederinnen und Mitglieder,

"die Zukunft war früher auch besser", so der bayrische Kabarettist Karl Valentin.

Zukunft ist für Trend- und Zukunftsforscher ein sogenannter "Möglichkeitsraum", was so viel heißen will: was morgen und übermorgen sein wird, ist gestaltbar. Wir wissen zwar nicht, wie diese Zukunft, dieses Morgen und Übermorgen genau aussehen wird, aber Zukunft ist möglich,



Francisco de Goya: Sagrada Familia (um 1787; Prado, Madrid)

denn sie ist mit Optionen, mit Möglichkeiten ausgestattet. Man könnte auch sagen: "Zukunft" ist ein offener Prozess, der durchaus planbar und gestaltbar ist, aber auch Überraschungen bereithält, die unser menschliches Konstruieren und Planen durchkreuzen. Das ist insgesamt eine recht optimistische Sicht angesichts dessen, was wir täglich an Zukunftsvorstellungen präsentiert bekommen: Klimawandel, Atomkriegsdrohung, Bevölkerungsexplosion, Ressourcenknappheit ... es wimmelt von negativen Zukunftsvorstellungen, die unser tägliches Denken und Handeln beeinflussen und

man daher eher den Eindruck gewinnt, die Apokalypse stünde kurz vor der Haustür.

War die Zukunft früher tatsächlich besser? In einer Zeit der Orientierungslosigkeit suchte Karl

Valentin nach Anhaltspunkten, nach Möglichkeiten und Unmöglichkeiten des Daseins. Dies formulierte er mit seiner unnachahmlichen paradoxen Wortakrobatik, die in ihrer melancholisch -resignativen Diktion einem wohl eher die Furcht vor der Zukunft lehrt, als ihr optimistisch entgegen zu sehen. War die Zukunft früher tatsächlich besser? Und die Vergangenheit schlechter oder doch zumindest nicht besser? Das ist schlicht nicht zu belegen und nicht beantwortbar, da völlig unklar ist, was früher besser hätte sein sollen als heute. Und daraus Schlüsse für die Zukunft zu ziehen, sollte man mit Vorsicht begegnen.

"Fürchtet euch nicht! Siehe, ich verkündige euch große Freude, die allem Volk widerfahren wird; denn euch ist heute der Heiland geboren, welcher ist Christus, der Herr, in der Stadt Davids. Und das habt zum Zeichen: Ihr werdet finden das Kind in Windeln gewickelt und in einer Krippe liegen. Und alsbald war da bei dem Engel die Menge der himmlischen Heerscharen, die lobten Gott und sprachen: Ehre sei Gott in der



Duccio di Buoninsegna: Geburt Christi (ca. 1308)

Höhe und Friede auf Erden bei den Menschen seines Wohlgefallens", Lukas 2,10-14.

Alle Jahre wieder lesen und hören wir diese vertrauten Worte aus dem Lukasevangelium. Sie sind wie ein Cantus Firmus in dem ganzen adventlichen und vorweihnachtlichen Wortbrimborium, in dem in semantisch verunstalteten Werbesprüchen weniger für die "Frohe Botschaft" als für Christstollen und Dominosteine geworben wird. Die Botschaft des Engels, die er an die Hir-

ten auf dem Felde und an alles Volk, also auch an uns, richtete, ist schnörkellos klar: Furcht und

Angst war gestern. Heute und in Zukunft ist Freude und Rettung angesagt, "denn euch ist heu-

te der Heiland geboren, welcher ist Christus, der Herr".

Die Geburt eines Kindes - man fühlt sich an Hermann Hesses Gedicht "Stufen" erinnert: "Und

jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, der uns beschützt und der uns hilft zu leben". Eine - zu-

nächst – ganz gewöhnliche Geburt, in der allerdings Mutter und Säugling in Zeiten der hohen

Kindersterblichkeit und des Kindbett-Fiebers, überlebten. Allein das schon ein Grund zur Freu-

de und dem Zauber, der über dem Neugeborenen liegt. Übrigens war sein Name, Jesus, nichts

Besonderes: Dieser Vorname war im ersten Jahrhundert unter Juden weit verbreitet. Dennoch:

Für den Evangelisten war diese Geburt alles andere als gewöhnlich. Sie war für ihn außerge-

wöhnlich und damit ein besonderes, einmaliges und unverwechselbares Ereignis, das in der

Dramaturgie des lukanischen Berichtes ganze himmlische Chöre die Freude über diese Geburt

verkünden lässt.

Die Geburt Jesu, die wir an Weihnachten, feiern, ist ein Fest, an dem Christinnen und Christen

sich nicht nur dieses außergewöhnlichen Geschehens erinnern, sondern in dem sie die Botschaft

der Engel als Ansage an einen Neubeginn ihres Lebens:

Das Alte ist vergangen; siehe ich mache alles neu. Oder anders formuliert: das Gute an der

Vergangenheit ist auch, dass sie vergangen ist.

Weihnachten und seine Freudenbotschaft, die allem Volk verkündet wird, ist die definitive An-

sage, dass wir der Zukunft offen und mit Vertrauen begegnen können; dass die Zukunft uns

neue "Möglichkeitsräume" eröffnet, die jenseits alter Denk- und Verhaltensmuster uns "neue

Räume jung entgegensendet" (Hermann Hesse).

Weihnachten und seine Freudenbotschaft ist aber auch die definitive Zusage, dass wir diese Zu-

kunft in Vertrauen auf Gott und seine unverbrüchliche Zusage, dass er ein Gott des Lebens und

nicht des Todes ist, begehen und gestalten sollen.

War die Zukunft früher also besser? Nein, lautet die Antwort. Die Weihnachtsbotschaft von der

Geburt Jesu, des Heilandes und Retters, sagt uns eine neue Zukunft an, die die Vergangenheit

nicht vergessen macht, aber sie überschreibt, sie aufhebt in die Zukunft. Darin ist sie aufgeho-

ben und bewahrt, aber auch gleichzeitig auf-gehoben, also für vergangen erklärt.

Ich wünsche Ihnen und Euch, Euren Familien und allen Lieben ein frohes Weihnachtsfest und

eine gesegnete Weihnachtszeit!

Ihr / Euer

Jörg Diehl

Zur Zukunft des Religionsunterrichts

"Ein freiheitlicher Staat braucht die weltanschaulichen, religiösen Gemein-

schaften, um neutral sein zu können"

Pascal Kober

Im Herbst dieses Jahres durfte ich an einer Podiumsdiskussion anlässlich der Jahrestagung der

Gesellschaft für wissenschaftliche Religionspädagogik teilnehmen, um dort meine Position zum

Religionsunterricht zu erläutern. Es folgt eine Zusammenfassung meiner Position.

Entscheidungen werden immer wieder in Frage gestellt, natürlich auch in der FDP. Trotz ver-

Die Form des Religionsunterrichts in Deutschland beruht auf politischen Entscheidungen. Diese

einzelter interner Diskussionen um die Stellung des Religionsunterrichts ist unsere Partei aber

historisch im Protestantismus verwurzelt und hat im Regierungshandeln nie etwas gegen den

konfessionellen Religionsunterricht unternommen.

Zwei Ebenen gilt es aus meiner Sicht grundlegend zu unterscheiden. Die Sicht des Bürgers, der

aus persönlichen, religiösen Gründen an Religion interessiert ist, einerseits, und die des Politi-

kers und sein spezifisches Interesse an einem liberalen, freiheitlichen Staat andererseits.

Der freiheitliche Staat braucht Religionsgemeinschaften und einen mit diesen verbundenen Re-

ligionsunterricht, der Werte setzt und vor allem hilft, sie zu begründen und auf einer tieferen

Ebene zu verstehen. Erst so kann er das sein, was er sein will: ein freiheitlicher Staat, der nicht

aus sich heraus eine Ideologie und Wertefundamte für alle vorgibt. Unser Staat ist auf den

Trümmern einer Diktatur entstanden, die Formulierungen des Grundgesetzes sind wohlüberlegt.

Es darf kein staatliches Monopol über Weltanschauungen in der Schule geben. Ein liberaler

freiheitlicher Staat muss Weltanschauungen diesen Raum öffnen, gerade weil er nicht selbst

eine Weltanschauung setzen will. Sonst besteht die Gefahr, dass der Staat seine Macht miss-

braucht und z.B. seinerseits einem quasireligiösen Nationalismus Vorschub leistet.

In der Gesellschaft ist eine zunehmende Polarisierung wahrzunehmen, die Menschen sehnen

sich nach Eindeutigkeiten, die es auf der Welt nicht gibt. Die vielfältigen Spannungen, die kon-

stitutiv sind für die christliche Theologie - etwa zwischen dem ,schon jetzt' und ,noch nicht'

und Sünder und Gerechter zugleich zu sein - können dazu beitragen, ein Denken in Schwarz

und Weiß zu verhindern oder zumindest infrage zu stellen und Ambiguitätstoleranz zu fördern.

Das kann als ein zentrales Ziel religionspädagogischer Bildungsbemühungen in der Schule an-

gesehen werden, das nicht minder zentral für das Fortbestehen eines liberalen Staates ist. Als

Christ wünsche ich mir, dass unsere Kirche auch zu weltoffenen Staatsbürgern erzieht, unab-

hängig von einer parteilichen Verortung. Als Politiker hingegen habe ich aus guten Gründen

keinen Anspruch darauf, dass die Kirchen oder Glaubensgemeinschaften zu guten Staatsbür-

gern erziehen. Ich bin froh darüber, dass staatliche Behörden - wenn ich an die wachsende Be-

deutung der AfD denke – gerade nicht über die Inhalte des Religionsunterricht bestimmen kön-

nen. Der Religionsunterricht leistet so einen wichtigen Beitrag zu einer pluralen Schule und

einem liberalen freiheitlichen Staat.

Auch mit Blick auf die Friday-For-Future-Bewegung (FFF) gilt es grundsätzlich zwei Perspek-

tiven zu unterscheiden: Von staatlicher bzw. schulischer Seite darf es keinen Unterschied ge-

ben, ob Schülerinnen und Schüler montags gegen Flüchtlingspolitik oder freitags für das Klima

auf die Straße gehen. Hier gilt die Schulpflicht und diese wird bei Montagsdemonstrationen

ebenso verletzt wie bei Freitagsdemonstrationen. Selbst wenn es hier andere Stimmen geben

mag, die Freitagsdemos den "Montagsmärschen" vorziehen, darf die inhaltliche Frage für den

freiheitlichen Staat nicht ausschlaggebend sein, sonst hätten wir eine Bevormundung in politi-

schen Fragen. Das Argument der besseren Begründung ist bei dieser Frage, gerade um der poli-

tisch freien Meinungsbildung willen, nicht stichhaltig. Die Montagsdemonstranten führen for-

mal gesehen ganz ähnliche Gründe für ihre Demonstrationen an, auch sie sehen Rechtsverstöße,

Schutz die Grenzen, die zum Schutz) und ihre Zukunft und Identität gefährdet. Hier darf der

Staat nicht mit zweierlei Maß messen. Wenn die Religionsgemeinschaften für den Unterricht

nun festlegen, dass FFF eine gute Sache ist, dann muss ich das als Politiker hinnehmen. Meine

Haltung als Christ, in innerer Religionsgemeinschaft, kann sich von der des Politikers natürlich

grundlegend unterscheiden.

**Unser Klima und das Reich Gottes** 

**Pascal Kober** 

Das Jahr 2019 wird mir auch wegen der erschöpfenden öffentlichen Diskussion des Klimawan-

dels in Erinnerung bleiben. Auffallend war dabei auch die tragende Rolle, die unsere Kirchen

bei diesem Thema gespielt haben—oder jedenfalls spielen wollten. Bereits in unserem Infobrief

zu Pfingsten habe ich erwähnt, dass zum ersten Mal in der Geschichte eine Petition von einer

evangelischen Kirche in den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags eingereicht wurde:

Thema war die Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 km/h auf den Autobahnen, zum Zweck

des Klimaschutzes. Der Kirchentag in Dortmund machte dann das Thema Klimaschutz zum

Kernthema, zahlreiche Workshops, Podiumsdiskussionen und Ausstellungen zum Thema fanden

am dortigen "Zentrum für Stadt und Umwelt" statt, welches das größte Zentrum des Kirchenta-

ges überhaupt war. Politiker der Grünen reichten sich die Klinke in die Hand, auf Habeck folgte

Neugebauer, auf Baerbock folgte Göring-Eckardt. Letztere hielt in diesem Jahr, an anderem Ort,

eine Predigt, in der sie über die schwedische Klimaaktivistin Thunberg sagte: "Greta Thunberg

erinnert mich manchmal an Propheten aus der Bibel. Es ist, wenn man genauer hinschaut, sogar

erstaunlich, wie viele Parallelen es gibt."

Auch Greenpeace verknüpfte das Thema Klimaschutz mit dem Christentum und entwendete

kurzerhand ein großes C, welches in der Berliner Parteizentrale der CDU den Anspruch der Par-

tei, christliche Politik zu machen, symbolisieren soll. Nach einer guten Woche gab Greenpeace

das C an die Union zurück, nicht ohne vorher eine Klimaandacht auf dem Trottoir vor dem Kon-

rad-Adenauer-Haus abgehalten zu haben für welche sie einen Berliner Pfarrer gewinnen konnte.

Eine andere Berliner Pfarrerin machte damit Schlagzeilen, dass sie im Fürbittengebet für die

Protestbewegung Extinction Rebellion betete. Auch wenn sich Extinction Rebellion offiziell

gewaltfrei gibt, sind der bewusste Verstoß gegen Regeln, vom zivilen Ungehorsam bis hin zur Nötigung, die Mittel der Wahl. Die moralische Legitimation gibt ihnen, so glauben sie, die Dringlichkeit des Problems. Denn schließlich geht es um nicht weniger als darum, das "Risiko der Auslöschung der Menschheit" zu "verkleinern". Wo es um alles geht, können auch nur alle



Die "Hölle": Fossile Energieträge zerstören dem Planeten

(gemeinfrei: Pexels.com)

Scheiß in der Menschheitsgeschichte".

Mittel Recht sein. Und damit es um alles geht, müssen die Worte gewaltig sein und die Bedrohung immer drängender geschildert werden. Im Vergleich zur Klimakatastrophe, so Roger Hallam, einer ihrer Gründer in der Wochenzeitung "Die Zeit", war die Schoah "nur ein weiterer

Dabei ist mein Eindruck, dass bei aller christlich-grüner Endzeiterwartung etwas essentielles verloren gegangen ist, nämlich die christliche Hoffnung. Mit Jesus Christus ist eine ganz neuartige Vorstellung von Zukunft geboren: die Lehre vom Reich Gottes, die Hoffnung auf eine noch ausstehende aber zugleich auch bereits begonnene Zukunft. Es ist diese nicht leicht zu begreifende doppelte Zeitdimension, die die Lehre vom Reich Gottes ausmacht. Verbunden ist sie mit der ebenfalls doppelten Handlungsdimension, der Verwirklichung des Gottesreiches durch Gott einerseits und der aus der Gewissheit darauf resultierenden Motivation des Menschen andererseits, persönlich tatkräftig mit anzupacken.



Klima-Engel der Apokalypse von Extinction Rebellion (© John Englart cc-by-sa-2.0)

Das Ausmaß des Klimawandels ist in der Tat eine ernstzunehmende Gefahr. Und da wir Menschen zu großen Teilen für das Malheur verantwortlich zeichnen, liegt es auch in unserer Verantwortung, die göttliche Schöpfung vor dieser Gefahr zu schützen.

Was an der gegenwärtigen Klimadiskussion aber auffällt: Sie motiviert nicht, sie macht Angst. Aus dieser Angst erwächst keine Ermutigung, keine Motivation, keine Begeisterung, sondern aus dem apokalyptischen Narrativen speist sich ein Fatalismus, nach dem sich Lernen ohnehin nicht mehr lohnt, weil der Weltuntergang bevorsteht. Aus dem Klimaalarmismus wächst keine Generation, die die naturwissenschaftlichen Studiengänge stürmt, um als Ingenieur dem Klimawandel konstruktiv entgegenzutreten, und um einen eigenen Beitrag zur Bewältigung der größten Menschheitsherausforderung zu leisten, sondern eine verängstigte Gesellschaft, die ihre Wut

an der Politik auslässt und beginnt, die Demokratie in Frage zu stellen.

Ein Gleichnis Jesu bringt dem gegenüber die Reich-Gottes-Vorstellung auf den Punkt: Es er-

zählt von einem Bauern, der sein Feld sorgfältig bestellt, den Samen ausbringt und mit der Ge-

wissheit, dass der Samen aufgehen wird, ohne dass sein eigenes Tun es vollbringen könnte,

abends zu Bett geht. Wäre der Bauer dessen nicht gewiss: die Motivation den Samen auszubrin-

gen, oder wenigstens der ruhige Schlaf wären gefährdet. Diese doppelte Dimension aus eige-

nem Handeln und Gottes Handeln, diese doppelte Dimension aus Zuversicht auf eine gute Zu-

kunft, die noch aussteht, und dem bereits in Kraft getretenen Eingreifen Gottes sind die Merk-

male des christlichen Wirklichkeitsverständnisses. Jesus mobilisierte nicht mit Drohungen, son-

dern mit Zuversicht. Er ermutigte zur eigenen guten Tat und vermittelte die Hoffnung, dass

auch eine vermeintlich unscheinbare Tat etwas Bedeutendes bewirken kann. Diese Botschaft

weckt Lust, die Klimafrage engagiert anzugehen, im Kleinen wie im Großen. Weit über die

Klimadiskussion hinaus ist das gesellschaftliche Klima heute von Unzufriedenheit, Klage und

Anklage, Lähmung und Populismus geprägt. Ja, es ist etwas verloren gegangen: Das beherzte

und befreite Handeln, mag die Herausforderung noch so groß sein.

FDP setzt sich für eine neue Israelpolitik ein

Pascal Kober

In mehreren Initiativen hat sich die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag für eine Neuaus-

richtung der deutschen Israelpolitik eingesetzt. Wie in unserer Pfingstausgabe berichtet, kam

auf Initiative der FDP ein überparteilicher Antrag zustande, der die antisemitische BDS-

Bewegung (Boycott Divestment Sanctions—Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen) verur-

teilte und die Bundesregierung aufrief, keine Projekte zu fördern, die die BDS-Bewegung unter-

stützen oder das Existenzrecht Israels in Frage stellen. Da auch Stiftungen sowie kirchliche wie

nichtkirchliche Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) Bundesgelder erhalten, müssten sie in

Zukunft deutlich stärker kontrolliert werden, insbesondere die Vergabepraxis des Auswärtigen

Amts müsste geschärft werden. Nicht ganz überraschend, kam denn auch Kritik an dem Be-

schluss u.a. von der Heinrich-Böll-Stiftung und von Brot für die Welt, die in der Vergangenheit

mit Skandalen um die Zusammenarbeit mit umstrittenen Organisationen zu kämpfen hatten. Ein

Vertreter einer solchen NGO, der Brot für die Welt 480.000 Euro gezahlt hatte, leugnete sogar

vor laufender Kamera den Holocaust. Wenn zukünftig schärfere Auflagen von der Bundesregie-

rung an die Mittelvergabe gelegt werden, werden deutsche Organisationen evtl. haftungs-

pflichtig.

Freilich wäre es für die deutsche Friedensarbeit sicherlich von Vorteil, wenn zukünftig keine

NGOs mehr unterstützt würden, die wie die BDS-Bewegung eine Zweistaatenlösung ablehnen.

Wie der Journalist Alexander Feuerherdt (u.a. Jüdische Allgemeine) in einer Bewertung der

Kritik feststellt: "Die Zusammenarbeit mit NGOs, die die Existenz des jüdischen Staates be-

kämpfen, ihn delegitimieren und dämonisieren und glauben, Israelis mit Boykotten, Drohungen

und Sanktionen begegnen zu müssen, ist ein Friedenshindernis, das beseitigt werden

muss." Die Kritik an unserem BDS-Antrag gipfelte im Sommer in einem antisemitischen Arti-

kel des Nachrichtenmagazins Der Spiegel, in welchem von einer jüdischen Verschwörung ge-

raunt wurde. Der Spiegel behauptete Bundestagsabgeordnete seien von jüdischen Deutschen

mit Verbindungen zum Mossad gekauft worden, naturgemäß ohne dafür einen Nachweis führen

zu können. Mein FDP-Kollege, Frank Müller-Rosentritt, ordentliches Mitglied im auswärtigen

Ausschuss, stellte denn auch klar: "Diese Unterstellung von Korruption ist ungeheuerlich und

fernab jeder Realität".

Rein rechtlich ist ein solcher Antrag für die Bundesregierung allerdings nicht bindend, deshalb

bleibt abzuwarten, welche Wirkung er letztlich erzielen wird. Wie die schriftliche Antwort der

**SEITE 13/18** 

Bundesregierung auf eine Frage meines FDP-Kollegen Oliver Luksic aufdeckt, ergreift die Bun-

desregierung derzeit keine Maßnahmen in Bezug auf möglicherweise strafbare Handlungen der

BDS-Bewegung. Im September empfing der weltweite Beauftragte der Bundesregierung für Re-

ligionsfreiheit Shawan Jabarin, den Direktor von Al-Haq, welche BDS unterstützt. Jabarin ist in

Personalunion langjähriger Funktionär der Terrororganisation Volksfront zur Befreiung Palästi-

nas (PFLP).

Abstimmungsverhalten bei der UNO ändern

Doch der BDS-Beschluss war nicht die einzige Initiative der FDP-Bundestagsfraktion, die sich

gegen Strukturen des Antisemitismus wandte. 2019 wird das Simon Wiesenthal Center voraus-

sichtlich den VN-Botschafter Deutschlands, Christoph Heusgen, pars pro toto für die verfehlte

Israelpolitik der Bundesregierung in die Liste der schlimmste 10 anti-jüdischen und anti-

israelischen Vorfälle aufnehmen. Der Grund liegt in dem systematisch israelfeindlichen Abstim-

mungsverhalten Deutschlands bei den Vereinten Nationen. Im Gegensatz zu Staaten wie Kana-

da, Australien und den USA unterstützt Deutschland haarsträubend einseitige Resolutionen ge-

gen Israel. Das hat in diesem Frühjahr die FDP-Bundestagsfraktion in einem Antrag angepran-

gert und die Bundesregierung dazu aufgerufen hier endlich umzusteuern.

Doch nicht nur sind die einzelnen Resolutionen einseitig, ein Zerrbild entsteht zusätzlich

dadurch, dass sich weit mehr Resolutionen gegen Israel richten, als gegen alle anderen Staaten

der Welt zusammengenommen. Die VN-Generalversammlung hat 2018 insgesamt 21 Resolutio-

nen verabschiedet, in denen Israel verurteilt wird von insgesamt 26 Verurteilungen von Staaten

durch Resolutionen. Nach Angaben des Auswärtigen Amts stimmte Deutschland 16 dieser Re-

solutionen zu und enthielt sich bei vier weiteren der Stimme. Demgegenüber stehen im gleichen

Zeitraum nur jeweils eine einzige Resolution zu Ländern wie Iran, Nordkorea und Syrien, denen

**SEITE 14 / 18** 

zahlreiche und schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden müssten. Von den

durch die UNESCO verabschiedeten 47 Resolutionen zwischen 2009 und 2014, in denen einzelne Länder

wegen vermeintlicher Verstöße gegen UNESCO-Grundsätze verurteilt wurden, richteten sich 46 gegen Is-

rael. In unserem Antrag kommen wir deshalb zu dem Schluss:

"Das rein zahlenmäßige Bild macht deutlich, dass mit Israel die einzige Demokratie im Nahen Os-

ten in verschiedenen VN-Gremien um ein Vielfaches häufiger für teils unterstellte Regelbrüche und

Menschenrechtsverletzungen verurteilt wird, als autoritäre Regime in der Region oder weltweit."

An und für sich ist diese Einseitigkeit der UNO nichts neues. Abba Eban, der 1966-1974 Außenminister

Israels war, beschrieb den Automatismus der Israelfeindlichkeit einmal mit den Worten: "Wenn Algerien

eine Resolution einbringt, die besagt, dass die Welt flach ist und dass Israel sie flach gemacht hat, würde

sie mit einer Mehrheit von 164 zu 13, bei 26 Enthaltungen angenommen."

Die Bundesregierung verweigert sich jedoch beharrlich der angezeigten Richtungsänderung. Im Deutschen

Bundestag wurde der Antrag der FDP in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Erst nach mehrfacher Nach-

frage der FDP-Bundestagsfraktion haben Außenminister Heiko Maas und Staatsminister Niels Annen das

damit gerechtfertigt, dass sie durch Zustimmung zu Anti-Israel-Resolutionen schlimmere Formulierungen

verhindert hätten. Hillel Neuer, Geschäftsführer der NGO UN Watch, die die Aktivitäten und Beschlüsse

der UNO kritisch untersucht, ordnete das Verfahren nach einem bekannten Drehbuch wie folgt ein. Es sei

seit jeher stillschweigende Übereinkunft zwischen Brüssel und Ramallah, dass die PLO erst einen toxi-

schen Text einreiche, im vollen Bewusstsein, dass dieser später überarbeitet würde, damit sich die Europäer

damit brüsten könnten, einen ausgewogeneren Text erreicht zu haben. "Von Israel erwartet man dann, zu

feiern, nur mit einem dünneren Strick gelyncht worden zu sein." Es ist an der Zeit, dass Deutschland dieses

abgekartete Spiel nicht mehr mitmacht.

**SEITE 15/18** 

Auch die letzte Sitzungswoche des Jahres ist wieder geprägt von einer Debatte, die sich mit

dem Thema Israel beschäftigt. Der Deutsche Bundestag debattierte darüber, ob es nicht an der

Zeit sei, die Terrororganisation Hisbollah ("Partei Gottes") in ihrer Gänze in Deutschland zu

verbieten und stimmte über einen gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD und FDP mit dem

Titel "Wirksames Vorgehen gegen die Hisbollah" ab.

Dieser wurde abermals federführend von der FDP vorangetrieben, nur zeichneten in diesem Fall

nicht die Außenpolitiker sondern die Innenpolitiker, insbesondere Benjamin Strasser, verant-

wortlich. In Deutschland bedient man sich bisher einer gedachten Trennung zwischen einem

politischen und militärischen Arm der Hisbollah. Nur letzterer ist bisher verboten. Diese Tren-

nung ist aber nur fiktiver Natur. In der Realität handelt es sich um eine Organisation mit einer

gemeinsamen Führung. Hochrangige Hisbollah-Funktionäre wie ihr stellvertretender General-

sekretär Naim Kassim und Ibrahim Mussawi, der zum Zeitpunkt der Listung offizieller Spre-

cher der Organisation war, dementieren öffentlich, dass zwei voneinander trennbare Flügel

existieren. Die Bundesregierung hat in der Vergangenheit mit dem Betätigungsverbot gegen

den Fernsehsender "Al Manar TV" im Jahr 2008 und dem Vereinsverbot des

"Waisenkinderprojekt Libanon e.V." im Jahr 2014 bereits Maßnahmen gegen eine Ausbreitung

und Unterstützung der Hisbollah in Deutschland ergriffen.

Die Hisbollah nutzt Deutschland weiterhin als Finanzierungs- und Rückzugsraum, darüber hin-

aus ist sie im Drogengeschäft tätig und betreibt Geldwäsche. Es ist an der Zeit, die Terrororga-

nisation konsequent zu bekämpfen und eine Terrorfinanzierung aus Deutschland heraus zu un-

terbinden.

Seenotrettung: Mit der Rettung von Migranten allein ist es nicht

getan

**Pascal Kober** 

Auch in Fragen der Moral – wenn es um Gut oder Böse, Richtig oder Falsch geht – fehlt es im-

mer wieder an der Eindeutigkeit, die wir uns für unsere Orientierung so sehr wünschen. Unsere

Welt ist nun mal nicht so einfach.

Zwar ist es ein eindeutiger moralischer Imperativ, dass wir Menschen vor dem Ertrinken retten.

Das gilt auch, wenn sie sich wissentlich selbst in eine Gefahr begeben haben. Doch reicht dieser

moralische Imperativ noch nicht aus, die ethische und damit politische Diskussion an dieser

Stelle zu beenden. Weitere Gesichtspunkte müssten eigentlich in der Debatte eine größere Rolle

spielen.

Die europäischen Staaten dürfen es nicht privaten Initiativen überlassen, die Rettung von Ertrin-

kenden im Mittelmeer zu garantieren. Dies muss staatliche Aufgabe sein und europäisch abge-

stimmt werden, denn mit der Rettung allein ist es bekanntlich nicht getan. Eine koordinierte

Migrationspolitik, in der verschiedenen Maßnahmen ineinandergreifen, ist nur durch die Staa-

ten selbst zu leisten. Themen wie Rettung, Bekämpfung der Schleuserkriminalität, Verteilung

der Flüchtlinge in Europa und ihre Integration kann nur funktionieren, wenn alle mitmachen.

Nicht zuletzt müssen wir erreichen, den selbstgefährdenden Fluchtweg über das Meer zu ver-

sperren.

Wie verkürzt die moralische Debatte geführt wird, sieht man auch daran, dass die Toten in der

Sahara in der politischen Diskussion keine Rolle spielen. Tatsächlich stirbt in der Sahara auf

dem Weg zum Mittelmeer ein Vielfaches der Menschen, die im Mittelmeer ertrinken. Moralisch

ist die Tatsache nicht zu rechtfertigen, dass das Leben der Ertrinkenden in der politischen Dis-

kussion eine so wahrnehmbare Rolle spielt, das Leben der Verdurstenden hingegen vergessen

wird. Für sie gibt es keine Resolution des Evangelischen Kirchentages, kein Spendenkonto und

keine Lebensretter in deutschen Talkshows. Ginge es um Menschenleben, müsste der Schwer-

punkt der Hilfe weit vor den Küsten des Mittelmeeres am intensivsten sein. Dass sie dort, in den

instabilen Ländern der Sahelzone, deutlich schwieriger zu erbringen ist, ist moralisch keine Ent-

schuldigung. Die falschen Anreize sind ein Dilemma, dem wir nicht entgehen können

Dass wir mit der Seenotrettung zugleich Anreize setzen, den gefährlichen Weg über das Mittel-

meer überhaupt erst anzutreten und damit das Geschäft der Schleuser unterstützen, ist ein mora-

lisches Dilemma, dem wir nicht entgehen können, wenn wir nicht das Ertrinken der Menschen

in Kauf nehmen wollen. Umso dringlicher ist es dann aber, dass wir größere Anstrengungen un-

ternehmen, die Schleuserkriminalität zu bekämpfen.

Dazu müssen wir die Situation in den Flüchtlingslagern in Libyen verbessern, Heimkehrpro-

gramme finanzieren, für politische Stabilität in Libyen sorgen, Rücknahmeabkommen mit den

Herkunftsstaaten der Flüchtlinge endlich durchzusetzen und über ein Fachkräfteeinwanderungs-

recht, das seinen Namen auch verdient, einen legalen und sicheren Zugang zu unserem Arbeits-

markt zu ermöglichen.

Migration muss und kann in kontrollierbarere Bahnen gelenkt werden, ohne das Sterben von

Menschen in Kauf zu nehmen. Moralisch richtig zu handeln verpflichtet auch dazu, die schwie-

rigen Lösungen zu wählen.

Jüdische Militärseelsorger

**Pascal Kober** 

Für jüdische Bundeswehrsoldaten wird es schon bald eigene Militärseelsorger geben. Seit 1957 begleiten katholische und evangelische Seelsorger unsere Soldaten im Alltag und in den Einsät-

not the second of the second o

Channukafeier jüdischer Soldaten des 1. Weltkriegs (1916)

zen. Am 20.12. wurde von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und dem Zentralrat der Juden feierlich ein Staatsvertrag zwischen für die Verankerung jüdischer Militärseelsorge. Erstmals seit 100 Jah-

ren wird es damit wieder Militärrabbiner in der deutschen Armee geben.

Waren bei der Einführung der Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr noch 98% der Soldaten Angehörige der christlichen Kirchen, sind es heute nur noch etwa die Hälfte. Mittlerweile gibt es einige Hundert jüdische und sogar einige Tausend muslimische Mitglieder der Bundeswehr, die laut Soldatengesetz ebenso einen Anspruch auf seelischen Beistand haben wie ihre christlichen Kameraden. Auch für muslimische Angehörige der Bundeswehr soll es eine geistliche Betreuung geben. Zentralratspräsident Schuster sprach bei der feierlichen Unterzeichnung von einem "historischen Tag". "Ebenso wie die Bundeswehr ein Teil des demokratischen Deutschlands ist, ist dies auch die jüdische Gemeinschaft".